

Statement

von

Peter Driessen
Hauptgeschäftsführer
des
Bayerischen Industrie- und Handelskammertages

anlässlich

der
Bayerischen Konjunkturpressekonferenz
am 07.02.2017, 10:30 Uhr,
IHK für München und Oberbayern,
Großer Clubraum,
Balanstraße 55 - 59, 81541 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

die bayerische Wirtschaft startet fulminant ins Jahr 2017. Die Geschäftslage erreicht einen neuen Rekord. Die Unternehmen erwarten ein dauerhaftes konjunkturelles Hoch in den kommenden zwölf Monaten. Sie wollen endlich wieder mehr im Inland investieren und zusätzliches Personal einstellen. Mittelfristig bleiben die Unternehmen jedoch vorsichtig. Politische Risiken brauen sich am Horizont zusammen. Ein weltweit zunehmendes Klima des Protektionismus könnte eine Eiszeit für den Freihandel einleiten. Die Unternehmen sehen damit das bayerische Erfolgsmodell bedroht. Unsere heimische, stark exportorientierte Wirtschaft gedeiht nur in einer globalisierten, arbeitsteiligen Welt.

Kommen wir zu den einzelnen Ergebnissen unserer Konjunkturumfrage unter rund 3.700 Unternehmen. Dank starker Nachfrage sowohl aus dem In- und dem Ausland stabilisiert sich die Geschäftslage und markiert gleichzeitig einen neuen Rekord: 52 Prozent der bayerischen Unternehmen sind mit ihrer aktuellen Lage zufrieden und nur 6 Prozent unzufrieden. Nie seit Beginn der BIHK-Konjunkturumfrage im Jahr 1993 war der resultierende Indikator höher als jetzt.

Der Boom wird zudem vorerst weitergehen. Die Unternehmen blicken mit viel Zuversicht auf die kommenden zwölf Monate. Rund ein Viertel der Unternehmen rechnet noch mit

einer weiteren Belebung. Das ist angesichts der hervorragenden Ausgangslage ein hoher Wert. Nur jeder zehnte Betrieb erwartet eine Eintrübung seiner Geschäfte. Der Saldo der Erwartungen steigt von 13 auf 16 Punkte. Damit präsentiert sich die bayerische Wirtschaft in einer noch stabileren Verfassung als im Herbst. Die Sorge um eine abstürzende In- und Auslandsnachfrage erreicht den geringsten Wert seit sieben Jahren.

Insgesamt ist die Stimmung in der bayerischen Wirtschaft hervorragend. Der BIHK-Konjunkturindex, der Lagebeurteilungen und die Erwartungen der Unternehmen in einem Wert zusammenfasst, nähert sich mit 130 Punkten stark dem absoluten Rekordergebnis vom ersten Halbjahr 2011. (s. *Chart*)

Die Unternehmen wollen dank der guten Aussichten endlich etwas mehr investieren. Der Indikator der Investitionspläne erreicht den höchsten Stand seit knapp sechs Jahren. Angesichts der äußerst günstigen Finanzierungsbedingungen ist das Investitionsniveau jedoch nach wie vor enttäuschend, vor allem bei den Industriebetrieben.

Der bayerische Arbeitsmarkt strotzt vor Kraft. Der Rekord bei den Beschäftigungszahlen wird sich in diesem Jahr fortsetzen. Arbeitskräfte bleiben in Bayern stark gefragt: 20 Prozent der Betriebe wollen zusätzliches Personal einstellen, nur 11

Prozent Stellen streichen. Der Saldo der Beschäftigungspläne erreicht den höchsten Stand seit Frühjahr 2012.

Der Fachkräftemangel bleibt jedoch die Achillesferse der bayerischen Wirtschaft. Jedes zweite Unternehmen sieht darin ein Geschäftsrisiko. Der negative Spitzenwert vom Herbst wird somit gehalten.

Auch die politischen Risiken treten immer mehr in den Vordergrund: 49 Prozent der Betriebe sehen in den aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen ein Risiko. Das ist der höchste Wert für die „politische Unsicherheit“ seit 2010, als diese Frage erstmals gestellt wurde.

Was verunsichert die Unternehmen? Auf der Weltbühne bereitet der unkalkulierbare Kurs der neuen US-Regierung große Sorgen. Innerhalb Europas sind die größten Unsicherheitsquellen der Brexit, die Wahlen in Frankreich sowie die schwache wirtschaftliche Entwicklung in Italien. Beschwerden gibt es jedoch auch mit Blick auf Deutschland: Die zunehmende Regulierung und Bürokratie, beispielsweise im Arbeits- und Steuerrecht, behindern die Unternehmen. Auch die anstehende Bundestagswahl wird explizit als Unsicherheitsfaktor für den zukünftigen wirtschaftspolitischen Kurs in Deutschland benannt.

In den Fokus rücken auch wieder die Energie- und Rohstoffpreise: 29 Prozent der Betriebe sehen in ihnen ein Geschäftsrisiko. Dies ist der höchste Stand seit knapp drei Jahren. Zum einen verteuert die Energiewende den Strom. Zum anderen sind die Rohstoffpreise in den vergangenen Monaten angestiegen. Beides erhöht die Kosten und schiebt die Inflation an.

Diese Risiken mögen auch ein Grund für das relativ geringe Investitionsniveau sein.

Wie sieht es in den einzelnen Branchen aus?

Industrie

Die bayerische Industrie profitiert von der stabilen Nachfrage aus dem In- und Ausland. Die Unternehmen produzieren mit der höchsten Auslastung seit fünf Jahren. Die Lagebeurteilungen erreichen fast das bisherige Spitzenniveau vom Frühjahr 2011. 53 Prozent der Unternehmen sind zufrieden und nur 5 Prozent unzufrieden.

Für die kommenden zwölf Monate erwarten 29 Prozent der Unternehmen nochmalige Zuwächse, nur 8 Prozent eine Eintrübung. Zuversichtlich sind sie sowohl für ihr In- als auch für ihr Auslandsgeschäft. Mit einem Plus rechnen sie in Asien und in Europa. Die Brexit-Verhandlungen haben noch

keine unmittelbaren Auswirkungen auf die Auftragserwartungen der Unternehmen. Angesichts des anhaltenden Booms sowie der niedrigen Zinsen enttäuschen die Investitionsplanungen einmal mehr. Sie verharren seit Jahren auf einem relativ geringen Niveau. Erfreulich bleiben hingegen die Beschäftigungsplanungen, denn der Jobaufbau geht weiter.

Großhandel

Wie in der Industrie laufen auch die Geschäfte im bayerischen Großhandel auf Hochtouren. Mehr als die Hälfte der Unternehmen ist mit ihrer aktuellen Geschäftslage zufrieden, weniger als jedes zehnte unzufrieden. Im Großhandel reichen die Lagebeurteilungen nahe an den bisherigen Branchen-Rekord vom Frühjahr 2007 heran. Da die Unternehmen weitere Zuwächse erwarten, könnte der Rekord in den kommenden Monaten fallen.

Einzelhandel

Steigende Einkommen und stabile Beschäftigung versetzen die Verbraucher in Konsumlaune. Damit klingeln auch die Kassen im bayerischen Einzelhandel: 43 Prozent der Einzelhändler sind mit ihrer Geschäftslage zufrieden und nur 12 Prozent unzufrieden. Zwar sind die Bewertungen im Vergleich zum Herbst unerwartet leicht gesunken. Dies dürfte jedoch nur eine kurzfristige, womöglich wetterbedingte Delle

sein. Auf die kommenden zwölf Monate blickt der Einzelhandel voller Optimismus. Allerdings gibt es deutliche Unterschiede: Im Online-Handel erwarten 52 Prozent der Händler Zuwächse, im stationären Einzelhandel nur 25 Prozent.

Bauwirtschaft

Das bayerische Baugewerbe übertrifft alle bisherigen Rekordmarken. Günstige Finanzierung, stabile Beschäftigung und steigende Einkommen befeuern die Nachfrage auf dem Wohnimmobilienmarkt. Investoren suchen Anlagemöglichkeiten im „Betongold“, da der Immobilienmarkt in einer Wachstumsregion wie Bayern als sicher und renditestark gilt. Die Auftragsbücher der Bauunternehmen sind zum Platzen gefüllt. Entsprechend zufrieden sind die Unternehmen: Für die aktuelle Geschäftslage vergeben 67 Prozent der Unternehmen die Bestnote „gut“ und nur 6 Prozent die Note „schlecht“. Der Rekordwert vom Herbst 2016 ist damit nochmals übertroffen.

Die Bauwirtschaft wird weiter unter Dampf bleiben: 23 Prozent der Unternehmen gehen von einer weiteren Geschäftsbelebung aus und nur 7 Prozent von einer Eintrübung. Mehr Aufträge im Vergleich zum Vorjahr erwarten die Betriebe in allen drei Bausegmenten, dem Wohnungsbau, dem gewerblichen Bau sowie dem öffentlichen Bau. Deswegen erhöhen die Betriebe ihre Kapazitäten. Die Investitionsbereitschaft er-

reicht Höchststände und die Beschäftigungspläne liegen auf sehr hohem Niveau. Ob die Betriebe jedoch Personal finden, ist fraglich. Im Baugewerbe ist der Fachkräftemangel besonders ausgeprägt: Drei Viertel der Betriebe nennen den Fachkräftemangel als Risiko für die Geschäftsentwicklung.

Dienstleistungen

Die bayerischen Dienstleister bleiben auf der Erfolgsspur. Mehr als die Hälfte der Unternehmen ist mit ihrer Geschäftslage zufrieden, weniger als jedes Zehnte ist unzufrieden. Dies entspricht dem Rekordergebnis vom Herbst. Bei den Architektur- und Ingenieurbüros laufen die Geschäfte besonders gut, denn sie profitieren vom Bauboom. Aber auch weite Teile der unternehmensnahen Dienstleister, wie beispielsweise die IT-Dienstleister, profitieren von der positiven Entwicklung der anderen Wirtschaftsbereiche. Nach Einschätzung der Unternehmen wird sich diese gute Entwicklung in den kommenden zwölf Monaten fortsetzen: Ein Viertel der Dienstleister rechnet mit einer anziehenden und 12 Prozent mit einer nachlassenden Geschäftstätigkeit.

Im konjunkturellen Schatten steht weiterhin das Kreditgewerbe. Die Branche leidet unter der EZB-Niedrigzinspolitik und zunehmender Regulierung. Frostig fällt daher der Blick in die Zukunft aus: Mehr als die Hälfte der Institute geht von

einer Verschlechterung der Geschäftsentwicklung aus und die überwiegende Mehrheit plant einen Personalabbau.

Wirtschaftspolitische Bewertung

Der glänzende Wirtschaftsboom in Bayern lässt sich derzeit von nichts aufhalten. Politische und ökonomische Krisen und Risiken scheinen von der bayerischen Wirtschaft abzuperlen. Doch den Unternehmen ist bewusst, dass auch die beste Lackschicht irgendwann verblasst. Die politischen Risiken werden so stark wie noch nie gesehen, das heißt die Unternehmen erwarten über kurz oder lang erste Kratzer im Lack.

Werfen wir zunächst einen Blick auf die gefährdeten Auslandsmärkte unserer Exportwirtschaft: Die neue US-Regierung stellt den Freihandel in Frage und liebäugelt mit Protektionismus. Das bedroht unseren wichtigsten Exportmarkt. Rund elf Prozent aller Exporte Bayerns gehen in die USA. Auf Platz zwei der Exportmärkte liegt Großbritannien. Rund acht Prozent der bayerischen Waren gehen auf die Insel. Mit dem Brexit müssen die Handelsbeziehungen mit den Briten neu verhandelt werden – hier steht also ebenfalls ein großes Fragezeichen. Frankreich nimmt sieben Prozent unserer Exportwaren ab. Im Präsidentschaftswahlkampf geben ebenfalls protektionistische und europakritische Parolen den Ton an. Italien steht für sechs Prozent der Exporte und befindet sich ökonomisch tief in der Krise. Während ein Euro-

Austritt Griechenlands ökonomisch noch verkraftbar erscheint, ist dies mit Blick auf Italien nur sehr schwer vorstellbar. Aber auch dort nehmen populistische Stimmen zu, die teilweise den Euro-Austritt fordern, um die Schuldenkrise zu bewältigen und die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

Allein diese vier Länder stehen für rund ein Drittel der bayerischen Exporte. Auch China, das derzeit als Ersatz-Weltmacht für die USA gehandelt wird, ist keine sichere Bank als Wirtschaftspartner. Die chinesische Handelspolitik ist klar durch staatliche Eigeninteressen geprägt, die China wichtiger als der Gedanke des Freihandels sind. Dies zeigt sich immer wieder bei Themen wie Investitionen, Firmenübernahmen oder dem Schutz des geistigen Eigentums.

Für die bayerische Wirtschaft wären Protektionismus und Beschränkungen des Freihandels Gift. Damit würde letztlich unsere Wohlstandsgesellschaft ins Wanken geraten. Auch im anstehenden Bundestagswahlkampf werden europakritische Töne angeschlagen und die Erfolge der Globalisierung in Frage gestellt. Der Freihandel, das Erfolgsmodell für die Weltwirtschaft in den letzten Jahrzehnten, scheint immer weniger Anhänger zu finden. Selbst die EU wird oft nur noch als Sündenbock gesehen, nicht als die erfolgreichste internationale Kooperation aller Zeiten. Das ist äußerst kontraproduktiv. Wir sägen uns mit diesen Bedenken nicht nur den eigenen Ast ab, auf dem wir sitzen – son-

dern wir legen tatsächlich die Axt an die Wurzeln der Marktwirtschaft an.

Der Erhalt des europäischen Binnenmarkts und des Freihandels muss daher oberste politische Priorität haben. Ein möglichst freier Zugang Großbritanniens zum EU-Binnenmarkt ist klar im Interesse der bayerischen Wirtschaft, ebenso ein möglichst freier Handel mit den USA.

Gerade wegen dieser vielen Bedrohungen von außen muss Deutschland bei der Pflege des eigenen Standortes eine Vorreiterrolle einnehmen. Dies fordern die Unternehmen deutlich ein. Digitalisierung, Verkehrsinfrastruktur, weniger Bürokratie, ein Steuerrecht mit mehr Leistungsanreizen – diese Themen werden wir gerade dieses Jahr im Bundestagswahlkampf immer wieder auf die Tagesordnung setzen und in die öffentliche Debatte einbringen.